

Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus

Heinrich, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinrich, A. (2011). Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus. *Belarus-Analysen*, 2, 11-15. <https://doi.org/10.31205/BA.002.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus

Von Andreas Heinrich, Bremen

Zusammenfassung

Belarus ist bei Energierohstoffen fast vollständig auf Importe angewiesen. Sein Hauptlieferant ist Russland. Gleichzeitig ist Belarus auch ein wichtiges Transitland für russische Erdöl- und Erdgasexporte nach Westeuropa. Neben politischem Kalkül ist diese Tatsache ein wichtiger Grund dafür, dass Russland das Land mit verbilligten Rohstofflieferungen versorgt und damit indirekt die belarussische Volkswirtschaft subventioniert. Diese bevorzugte Behandlung hat aber nicht zu harmonischen Energiebeziehungen zwischen den beiden Ländern geführt. Vielmehr sind ständig wiederkehrende Konflikte an der Tagesordnung, die auch andere Abnehmerländer russischer Energieexporte in Mitleidenschaft gezogen haben.

Belarus: rohstoffarm und importabhängig

Die Energiepolitik des Regimes von Präsident Aljaksandr Lukaschenka ist von wiederkehrenden Konflikten mit seinem Hauptlieferanten Russland gekennzeichnet. Diese Konflikte und die gleichzeitige Politisierung der Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern hatten wiederholt negative Auswirkungen auf die europäische Energiesicherheit. Diese konfliktbeladene Energiepolitik von Belarus soll im Folgenden analysiert werden.

Nach Angaben der International Energy Agency in Paris setzte sich der Primärenergieverbrauch von Belarus 2008 zu rund 63 % aus Erdgas und zu rund 30 % aus Erdöl zusammen. Erneuerbare Energien spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der hohe Erdgasanteil ergibt sich aus der Tatsache, dass die belarussische Strom- und Fernwärmeerzeugung zu 96 % durch Gaskraftwerke erfolgt.

Hinzu kommt, dass eine der bedeutendsten Industrien in Belarus die Erdölverarbeitung ist. Belarus verfügt über zwei große Raffinerien, Masyr und Nawapolazk. Diese waren lange Zeit schlecht ausgelastet. Seit dem Jahr 2000 ist der Durchsatz der beiden Raffinerien aber stark angestiegen und erreichte 2006 insgesamt 21,3 Mio. Tonnen Rohöl. Der Anteil der Erdölprodukte an den belarussischen Gesamtexporten stieg seit 2003 stark an und erreichte 2005 34,4 % der Gesamtexporte, was erstmals zu einer positiven Handelsbilanz des Landes führte.

Belarus selbst verfügt aber nur über geringe Vorkommen an Primärenergieträgern, die zudem bald erschöpft sind. Daher muss Belarus rund 99 % des konsumierten Erdgases sowie ca. 90 % des Erdöls importieren. Der Hauptlieferant dieser Rohstoffe ist Russland.

Bedeutung als Transitland

Als Gegengewicht zur starken Importabhängigkeit des Landes von Russland kann seine große Bedeutung als Transitland für russische Energieexporte nach Europa

angesehen werden. Insgesamt führen eine große Erdöl-exportpipeline und zwei Erdgasexportpipelines durch belarussisches Territorium. Damit hat Belarus beim Erdöl einen Anteil von etwa 40 % und beim Erdgas einen Anteil von etwa 25 % an den Kapazitäten russischer Exportpipelines.

Russisches Erdöl wird durch die »Freundschaft«-Pipeline (Drushba) über Belarus nach Polen und Deutschland transportiert. Anstatt der ursprünglichen Kapazität von 72 Mio. Tonnen pro Jahr können durch die zu Zeiten der Sowjetunion gebaute Pipeline heute allerdings aufgrund jahrelanger Vernachlässigung und fehlender Investitionen nur noch rund 60 Mio. Tonnen pro Jahr transportiert werden.

Nach Inbetriebnahme der zweiten Trasse des Baltic Pipeline System (BPS), welche für 2012 geplant ist, rechnet die belarussische Regierung mit einer Reduzierung des Transits russischen Erdöls durch Belarus. Mit BPS wird russisches Rohöl aus Westsibirien unter Umgehung von Transitländern über die Ostsee exportiert.

Die ebenfalls aus der Sowjetzeit stammende »Nordlicht«-Pipeline mit einer Kapazität von 25 Mrd. Kubikmeter pro Jahr transportiert russisches Erdgas in die Baltischen Staaten, die Region Kaliningrad sowie in die Ukraine und nach Mitteleuropa. Seit 1999 führt zusätzlich die Jamal-Europa-Pipeline durch Belarus. Mit einer jährlichen Kapazität von 33 Mrd. Kubikmeter transportiert sie russisches Erdgas nach Polen und Deutschland. Beide Pipelines arbeiten allerdings nicht unter voller Auslastung.

Beltransgas ist der Eigentümer und Betreiber des wichtigsten und größten Gaspipelinennetzes in Belarus. Die Jamal-Europa-Pipeline wird auch von Beltransgas betrieben, sie gehört allerdings dem russischen Gasunternehmen Gazprom. Der Import von russischem Erdgas sowie der Transit durch Belarus zu europäischen Abnehmern werden gemeinsam in bilateralen Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen und Unternehmen geregelt.

Energiekonflikte

Seit dem Ende der Sowjetunion erhält Belarus energetische Ressourcen zu Vorzugspreisen aus Russland, die für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von vitaler Bedeutung sind. Russland versprach sich von diesen indirekten Subventionen politische Unterstützung von Belarus für seine Außenpolitik sowie sichere Transportwege für seine Energieexporte nach Westeuropa, nicht zuletzt durch die angestrebte Kontrolle des Pipelinebetreibers Beltransgas.

Diese Subventionierung der belarussischen Volkswirtschaft durch Russland erwies sich zunehmend als Konfliktquelle zwischen den beiden Staaten, nicht zuletzt aufgrund wiederholt auftretender Zahlungsprobleme seitens Belarus. Da auch die erhofften Gegenleistungen weitgehend ausgeblieben sind, ging Russland – wie schon im Fall der Ukraine – dazu über, Subventionen abzubauen. Im März 2010 erklärte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin, dass Russland die belarussische Wirtschaft durch billige Energieträger mit etwa 4,2 Mrd. US-Dollar jährlich subventioniere.

Die sich entwickelnden Konflikte hatten weitreichende Konsequenzen für die Energieversorgung nicht nur in Belarus selbst, sondern aufgrund der Bedeutung von Belarus als Transitland auch in anderen europäischen Abnehmerländern. Sie sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

Erdgas

Seit 2002 zahlt Belarus für seine Erdgasimporte aus Russland nur den subventionierten russischen Inlandspreis anstatt des deutlich höheren russischen Exportpreises. Als Gegenleistung für die Vorzugspreise verlangte der russische Erdgaskonzern Gazprom die Übernahme eines Anteils an dem staatlichen Pipelinebetreiber Beltransgas im Zuge der Privatisierung.

Belarus verzögerte jedoch zuerst die Privatisierung und war dann mit dem von Gazprom gebotenen Preis nicht einverstanden. Als Reaktion erhöhte Gazprom den Lieferpreis und stellte dann zum Jahresbeginn 2004 die Erdgasversorgung von Belarus ein, nachdem sich Belarus geweigert hatte, den höheren Preis zu zahlen. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich Belarus und Gazprom Mitte 2004 auf neue Erdgaspreise, wobei gleichzeitig die Transitgebühren erhöht wurden. Die Privatisierung von Beltransgas wurde in dem Abkommen allerdings ausgeklammert.

Die russische Regierung beschloss 2005 die Inlandspreise für Erdgas bis 2011 auf Marktniveau ansteigen zu lassen. Damit war indirekt auch die Subventionierung der Lieferungen an Belarus betroffen. Gleichzeitig entschied sich Gazprom, seine Lieferpreise innerhalb der GUS schrittweise an das europäische Niveau anzupas-

sen, welches damals um ein Fünffaches über den belarussischen Preisen lag. Vor diesem Hintergrund versuchte Gazprom erneut, die Kontrolle über Beltransgas zu übernehmen, indem der Konzern anbot, die Kaufsumme mit den Erdgaslieferungen zu verrechnen.

Nach zähen Verhandlungen wurde zum Jahresende 2006 ein neuer Vertrag unterzeichnet, der die russische Subventionierung der Erdgaspreise für Belarus bis 2011 schrittweise reduzierte. Der Erdgaspreis sollte bis 2011 europäisches Niveau erreichen. Belarus erklärte sich damit einverstanden, wollte aber im Gegenzug die Transitgebühren von 0,75 auf 1,45 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter pro 100 Kilometer erhöhen. Im Mai 2007 wurde dann der Verkauf von 50 % der Aktien von Beltransgas an Gazprom für 2,5 Mrd. US-Dollar vereinbart, der ebenfalls schrittweise bis 2010 erfolgte.

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 setzte Belarus eine vertraglich vereinbarte quartalsweise Preissteigerung aus und zahlte weiterhin den niedrigeren Gaspreis des letzten Quartals. Die sich so anhäufenden Schulden veranlassten den russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew Belarus am 15. Juni 2010 ein Ultimatum zu stellen. Falls Belarus seine Schulden von 190 Mio. US-Dollar für russische Erdgaslieferungen nicht innerhalb von fünf Tagen begleichen werde, würde Russland seine Erdgaslieferungen um 85 % kürzen. Belarus verlangte im Gegenzug von Gazprom die Begleichung von 200 Mio. US-Dollar Schulden für den Erdgastransit. Gazprom warf Belarus vor, die Überweisung des Geldes zu blockieren.

Da das russische Ultimatum auf diese Weise ergebnislos verstrich, forderte Medwedew Gazprom auf, die Erdgaslieferungen an Belarus zu reduzieren. Innerhalb von drei Tagen wurde eine Reduzierung um 60 % vorgenommen. Bereits am zweiten Tag ordnete Lukaschenka die Einstellung des Erdgastransits an, bis Gazprom seine Schulden beglichen habe. Tatsächlich reduzierte Belarus den Transit allerdings nur proportional zu den russischen Kürzungen. Durch diese Kürzungen kam es zu Lieferausfällen in Polen und Litauen.

Am 24. und 25. Juni 2010 beglichen Belarus und Gazprom ihre jeweiligen Schulden. Eine vorläufige Einigung über eine Konkretisierung der Transitgebühr wurde erreicht.

Da der alte Erdgasbelieferungsvertrag aus dem Jahr 2006 im Dezember 2011 ausläuft, wurden bereits im April 2011 Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Belieferungsvertrages für den Zeitraum 2012 bis 2014 aufgenommen. Frühzeitige Verhandlungen sollen Lieferunterbrechungen wie 2006 in der Ukraine vermeiden helfen.

Trotz aller Streitigkeiten in den letzten Jahren zahlt Belarus nach wie vor den niedrigsten Preis für russi-

sches Erdgas in der ehemaligen Sowjetunion. Dennoch beabsichtigt Belarus Verhandlungen über eine Absenkung des Preises um rund 15 % zu führen. Gleichzeitig plant Belarus die Transitgebühren für russisches Erdgas 2012 zu erhöhen. Bereits 2011 wurden die Gebühren auf 2 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter pro 100 Kilometer angehoben. In Zukunft möchte Belarus einen Preis von 2,50 US-Dollar erzielen (einen Preis, den die Ukraine bereits jetzt erzielt). Damit scheinen weitere Konflikte vorprogrammiert zu sein.

Erdöl

Auch für russisches Erdöl zahlte Belarus seit 1995 (nach Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens zur Schaffung einer Zollunion) nur den russischen Inlandspreis. Um russische Erdölfirmer zur Belieferung der eigenen Raffinerien zu motivieren, setzte Belarus vertragswidrig niedrigere Exportzölle für Erdölprodukte als Russland an. Der Export von Erdölprodukten aus belarussischen Raffinerien nach Europa war somit für Belarus wie auch für die russischen Erdölunternehmen vorteilhaft: Die russischen Unternehmen profitierten von niedrigeren Zollsätzen und damit erhöhter Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt, gleichzeitig wurde Belarus seit Ende der 1990er Jahre zu einem großen Exporteur von Erdölprodukten. Die erdölverarbeitende Industrie wurde damit zur profitabelsten Branche des Landes, die 2006 rund 38 % der belarussischen Exporte erzeugt.

Durch diese Maßnahmen gingen dem russischen Staat allerdings erhebliche Zolleinnahmen verloren. Aber erst 2004 im Zusammenhang mit stark steigenden Weltmarktpreisen verlangte Russland zum ersten Mal von Belarus die Einhaltung der Zollabkommen. Verhandlungen über eine Neuregelung begannen im Herbst 2006. Da Belarus jedoch seine günstigeren Zollsätze beibehielt, reagierte Russland zum Jahresbeginn 2007 mit der Einführung eines Zolles für Erdöllieferungen nach Belarus, der die Einnahmeverluste kompensieren sollte.

Belarus reagierte jedoch sofort mit der Einführung einer Zollabgabe auf den russischen Erdöltransit. Dies führte zu einer Aussetzung der Transitlieferungen an europäische Abnehmer. Erst nach zehn Tagen einigten sich die beiden Länder auf die Abschaffung des Transitzolls, was eine Wiederaufnahme der Erdöllieferungen ermöglichte.

Mitte Januar 2007 kam es zu einem neuen Besteuerungsabkommen für russische Öllieferungen an Belarus. Der russische Nachbar musste von nun an 29,3 % des weltweit gültigen Zollsatzes für russisches Öl entrichten. Gleichzeitig wurde die Harmonisierung der belarussischen Zölle beschlossen. Russland behielt sich allerdings das Recht vor, die Zollsätze zu erhöhen, sollte Belarus

seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Die eingeführten Zölle machten die belarussischen Raffinerien weniger wettbewerbsfähig, woraufhin die Regierung Subventionen einführte.

Mit dem Auslaufen des alten Erdölvertrages zum Jahresende 2009 verlangte Belarus erneut eine Abschaffung der russischen Zölle auf Erdöllieferungen an die Raffinerien des Landes. Russland bot an, Belarus im Jahr 2010 mit 6,3 Mio. Tonnen Erdöl zollfrei zu beliefern. Belarus hingegen forderte eine zollfreie Lieferung von insgesamt 30 Mio. Tonnen Rohöl für 2010. Als keine Einigung erreicht wurde, kürzte Russland zum Jahresbeginn 2010 seine Erdöllieferungen und führte zusätzlich einen Exportzoll auf Erdölprodukte ein. Folge waren steigende Preise für Erdölprodukte auf dem belarussischen Binnenmarkt und Verluste der Raffinerien des Landes. Im Gegenzug erhöhte Belarus die Transitgebühren für russisches Erdöl einseitig um 11 %.

Ende Januar 2010 konnte sich Russland allerdings durchsetzen und seine Bedingungen vertraglich festschreiben. Eine von Russland angestrebte Übernahme der belarussischen Raffinerien gelang jedoch nicht, da Belarus hierfür als Voraussetzung die Abschaffung aller Zölle verlangte.

Im Mai und Juni 2010 kam es erneut zum Streit über Exportzölle und über die Preise für russisches Erdöl. In der Folge erhöhte Belarus zum 1. Juli 2010 die Transitgebühr für Ölprodukte um 12,7 %. Ende 2010 hatten Belarus und Russland eine Übereinkunft über den Import und Transit russischen Erdöls erzielt. Diese Übereinkunft konnte aber nicht auf der Unternehmensebene umgesetzt werden, weil russische Erdölfirmer und der Betreiber der beiden größten belarussischen Raffinerien, Belneftechim, sich nicht einigen konnten. Daraufhin stoppte der russische Pipelinebetreiber Transneft am 1. Januar 2011 die Belieferung der belarussischen Raffinerien.

Da sich Transneft im Dezember 2010 aber zu einer Erhöhung der Transitgebühren für russisches Erdöl durch Belarus um 12,5 % aufgrund der gestiegenen Stromkosten für den Transit bereiterklärte hatte, war der Erdöltransit nach Westeuropa von diesem Konflikt nicht betroffen.

Ende Januar 2011 setzte Transneft die Belieferung der beiden größten belarussischen Raffinerien nach fast einem Monat Unterbrechung wieder fort, nachdem eine neue Preisregelung mit den russischen Erdölfirmer gefunden worden war. Die neuen Preisvereinbarungen sind nicht im Detail bekannt gegeben worden, es steht aber zu vermuten, dass sich die russischen Firmen mit niedrigeren Preisen zufrieden geben mussten als ursprünglich gefordert. Im Dezember 2010 hatten die russischen Produzenten eine Preiserhöhung von

45 US-Dollar pro Tonne Rohöl verlangt. Es wird vermutet, dass die russische Regierung auf eine Einigung gedrängt und Druck auf die russischen Erdölfirmer ausgeübt hat.

Energiesicherheit

Um seine Importabhängigkeit zu verringern, plant Belarus seine russischen Erdgasimporte um 10 Mrd. Kubikmeter pro Jahr zu reduzieren. Zurzeit verfügt das Land aber über keine alternativen Lieferanten. Daher kann diese Reduzierung nur durch Energieeinsparungen erreicht werden. Insgesamt beabsichtigt Minsk den Anteil russischen Erdgas am Gesamtenergieverbrauch von derzeit 94 % auf 55 % zu reduzieren, vor allem durch die Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien und der Atomkraft, den Bau eines neuen Kohlekraftwerks sowie durch die Nutzung alternativer Bezugsquellen für Erdöl und Erdgas. Dieses Vorhaben erscheint unrealistisch.

Energieeffizienz

Die Politik der Energieeffizienz hat eine hohe Priorität in Belarus, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Gewinnung politischen Spielraums gegenüber Russland. Seit 1996 wurde die direkte Korrelation zwischen wachsendem Bruttoinlandsprodukt und steigendem Energieverbrauch durchbrochen. Die Energieintensität der belarussischen Wirtschaft, gemessen als Gesamtverbrauch von Primärenergie pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts in Tonnen Öläquivalent (TÖE) pro 1.000 US-Dollar, hat sich zwischen 1992 und 2007 mehr als halbiert (0,34 TÖE pro 1.000 US-Dollar). Trotzdem hat Belarus nach wie vor eine fast zweieinhalb Mal höhere Energieintensität bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt als die EU-27 mit 0,14 TÖE pro 1.000 US-Dollar.

Bedeutende Einsparpotenziale ergeben sich vor allem bei der Fernwärmeerzeugung, hier wird eine Umwandlung von Heizwerken in Heizkraftwerke empfohlen, und durch die Aufhebung der Subventionen für Gas, Wasser und Strom sowie die Gebäudesanierung. Das durch die Abschaffung der Subventionen gesparte Geld könnte zur Begleichung der immer wieder auftretenden Zahlungsrückstände für Energielieferungen genutzt werden, die die Energiebeziehungen zu Russland in den letzten Jahren wiederholt belastet haben.

Zwar bemüht sich Belarus um die Steigerung seiner Energieeffizienz, gleichzeitig aber wird der Verbrauch von Erdgas und Strom für Industrie und Endverbraucher subventioniert. Diese Subventionen dürfte das autoritäre Regime in Belarus auch weiterhin beibehalten, um den sozialen Frieden zu bewahren und unrentable Betriebe am Leben zu erhalten.

Alternative Bezugsquellen

Um kurzfristig die Abhängigkeit von Importen aus Russland zu reduzieren, bemüht sich Belarus um alternative Bezugsquellen. Im Mai 2010 schlossen Belarus und Venezuela einen Vertrag über die Lieferung venezolanischen Erdöls an belarussische Raffinerien. Bis dahin (bis zum Konflikt über die Preise für russisches Erdöl im Mai 2010) war Belarus komplett von russischen Erdöllieferungen abhängig. Seit dem Abschluss des Liefervertrags mit Venezuela haben die russischen Lieferungen um rund 40 % abgenommen.

2010 erfolgte der Transport von insgesamt 4 Mio. Tonnen venezolanischen Erdöls per Eisenbahn vom ukrainischen Hafen Odessa und vom litauischen Terminal in Klaipeda aus. 2011 wurde der Import venezolanischen Erdöls auf 10 Mio. Tonnen ausgeweitet. Bis 2013 sollen insgesamt 30 Mio. Tonnen geliefert werden. Dabei werden jährlich 8 Mio. Tonnen über Odessa und 2 Mio. Tonnen über Klaipeda angeliefert.

Seit Jahresbeginn 2011 wird zusätzlich die Odessa-Brody-Pipeline genutzt; von Brody in Polen wird das Erdöl per Eisenbahn weitertransportiert. Dies führte zu einer deutlichen Senkung der Transportkosten. Auch wurde das Abkommen erweitert: 4 Mio. Tonnen aserbaidischen Erdöls werden durch die Ukraine in die Raffinerie Masyr geliefert. Im Gegenzug vermarktet die aserbaidische Erdölgesellschaft SOCAR venezolanisches Erdöl in Nordamerika.

Die Rentabilität der Belieferung belarussischer Raffinerien mit venezolanischem Erdöl ist fraglich. Die Einigung auf den Tauschhandel zwischen Venezuela und Aserbaidschan könnte die Wirtschaftlichkeit des Unterfangens allerdings erhöht haben.

Bei seiner verstärkten Suche nach Alternativen zu russischem Erdgas ist in Belarus auch Flüssiggas im Gespräch. So hat die Ukraine Belarus zur Beteiligung am Bau eines Flüssiggasterminals nahe Odessa eingeladen. Die Fertigstellung des Projekts ist für 2014 geplant und soll eine Kapazität von 10 Mrd. Kubikmeter pro Jahr haben.

Aserbaidschan hat seine Absicht bekundet, in rund 5 bis 6 Jahren jährlich eine Menge von 5 Mrd. Kubikmeter Flüssiggas zu liefern. Aserbaidschanisches Flüssiggas würde in einer Anlage im georgischen Kulevi hergestellt. Über die Errichtung dieser Anlage haben sich Georgien, Aserbaidschan, Rumänien und Bulgarien im April 2011 verständigt. Gleichzeitig ist auch der Bau einer Flüssiggasanlage an der Ostsee (Klaipeda) mit Litauen und Polen im Gespräch.

Bei all diesen Projekten wurde allerdings nicht verlaublich, wie die Finanzierung sichergestellt werden soll und welcher Anteil des Flüssiggases für Belarus zur Verfügung stehen könnte. Die Investitionskosten

für Flüssiggasanlagen sind sehr hoch, die Technologie aufwendig.

Alternative fossile Brennstoffe

Die belarussische Regierung plant, durch den Einsatz von regionalen Energiequellen, vor allem Biomasse, Torf und Braunkohle, bis 2012 ein Viertel der Strom- und Wärmeenergie zu erzeugen. Zusätzlich soll durch den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Selwa (Bezirk Hrodna) der Verbrauch von Erdgas reduziert werden. Das Einsparpotenzial wird mit rund 1,68 Mrd. Kubikmeter pro Jahr angegeben. Dazu werden Investitionen in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar benötigt und der Bau wird nicht vor 2015 abgeschlossen sein. Die benötigte Kohle soll aus Polen importiert werden. Rund 10 % des Brennstoffs für das Kraftwerk soll aus heimischem Torf bestehen. Damit könnte der Importbedarf russischen Erdgases zwar leicht gesenkt werden, nichtsdestotrotz werden auch für den Kauf polnischer Kohle Devisen benötigt, die Belarus nicht in ausreichender Menge erwirtschaftet.

Neben dem verstärkten Einsatz von Kohle und Torf versucht Belarus auch die Erschließung unkonventioneller Energien voranzutreiben. So bemüht sich das Land Investitionen in Milliardenhöhe für den Abbau seiner Schieferöl-Vorkommen anzuziehen. Die Gesamtvorkommen werden auf 8,8 Mrd. Tonnen geschätzt, von denen rund 3,6 Mrd. Tonnen wirtschaftlich abbaubar sind. Die belarussischen Vorkommen weisen allerdings starke Verunreinigungen durch Asche und einen hohen Schwefelgehalt auf. Diese vergleichsweise geringen Vorkommen lassen sich allerdings nur bei verhältnismäßig hohen Weltmarktpreisen für Erdöl rentabel ausbeuten.

Atomkraft

Seit den Gasstreitigkeiten von 2007 hat die belarussische Regierung die Entwicklung der Atomenergie voran-

getrieben. In Belarus soll im Herbst 2012 mit dem Bau des ersten Atomkraftwerkes begonnen werden. Den Auftrag dazu bekam der russische Energiekonzern Rosatom. Der Vertrag wurde am 15. März 2011 unterzeichnet, ungeachtet des Reaktorunfalls in Japan. Neben den hohen Investitionskosten sind bei dieser Energieform auch die Folgekosten in Form von Endlagerung und möglicher Strahlenschäden zu beachten. Die Hinwendung zur Atomkraft ist ein Kapitel für sich und wird zumindest in den westlichen Nachbarstaaten von Belarus kontrovers beurteilt.

Resümee

Die Energiebeziehungen zwischen Belarus und Russland sind von wiederkehrenden Konflikten gekennzeichnet, die durch eine Politisierung beiderseits noch verschärft werden. Belarus versucht der Situation Herr zu werden, indem es sich bemüht, seine Importabhängigkeit von Russland zu reduzieren. Gleichzeitig versucht das Land aber weiterhin Zugeständnisse und Vorzugspreise für Energielieferungen zu erhalten, ohne seine Energiepolitik auf eine solide Basis zu stellen, Zahlungsrückstände zu vermeiden und Vertragsbrüche zu unterlassen.

Da sich die Importabhängigkeit von russischen Energieträgern nur bedingt reduzieren lassen wird, ist eine Änderung der Energiebeziehungen zwischen beiden Ländern wichtig, um Konflikte und in deren Folge Lieferunterbrechungen, die auch andere Abnehmerländer in Europa treffen könnten, zu vermeiden. Dazu wäre es notwendig, dass beide Seiten davon Abstand nehmen, Energielieferungen bzw. den Energietransit für ihre politischen Ziele zu benutzen.

Über den Autor:

Dr. Andreas Heinrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Im zweiten Halbjahr 2011 ist er im Rahmen des E.ON Ruhrgas Scholarship Programme Gastwissenschaftler am Norwegian Institute for Defence Studies in Oslo.

Lesetipp:

- Katerina Malygina, Spannungen mit Belarus: Energiestreit statt Zollunion, *Russland-Analysen*, Nr. 204, 2. Juli 2010, S. 17–19.
- Elena Rakowa, Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 24–26, 14.06.2011.